

Wortmeldung zum Thema Ausschüsse

Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat, sehr geschätzte Beamtenschaft, sehr geehrter Herr Bezirkshauptmann Ing. Mag. Alois Lanz, sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich erlaube mit eine kurze Wortmeldung zum Tageordnungspunkt 11: „Beschlussfassung des Gemeinderates über die Festsetzung der Anzahl und der Art der Ausschüsse.“ Ich möchte an dieser Stelle die Position der BürgerListe in aller Klarheit formulieren und ein wenig erläutern, warum wir dem Antrag der ÖVP und FPÖ und ihrer Aufteilung der Ausschüsse nicht folgen werden.

Dazu ein wenig die Vorgeschichte, die den Bürgerinnen und Bürgern nicht verborgen bleiben sollte. Am 6.11.2009 trafen sich die Fraktionen der BürgerListe und ÖVP zu einem ersten und einzigen Gespräch über die zukünftige Ausrichtung und Positionierung der Gemeindepolitik. Das Gespräch verlief wie sich interessierte Beobachterinnen und Beobachter vorstellen können in einer sehr gespannten Atmosphäre. Die BL legte ein Positionspapier vor, in welchem sie ihre Wünsche für die konstituierende Sitzung des Gemeinderates deponierte. Allein diese Vorgangsweise, daß wir etwas schriftlich festgehalten haben was nicht der Interessenslage der ÖVP entsprach rief bei dieser Empörung hervor.

Wir können bis heute nicht nachvollziehen, warum unser Vorschlag der inhaltlichen Ausschußgestaltung derart brüsk zurückgewiesen wurde. Die ÖVP hat sich in keiner Sekunde dieser Sitzung auf irgendwelche inhaltlichen Diskussionen eingelassen, sondern agierte mit Sätzen deren Aussage ungefähr lautete: „Ihr glaubt doch nicht, daß ihr irgendetwas einbringen könnt, was wir nicht genehmigt haben.“ Ich denke, daß der Geist dieses Satzes allein schon zeigt, wie unwillig die ÖVP ist, anderen Meinungen auch nur zuzuhören, geschweige denn diese zu diskutieren.

In dieser selbigen Sitzung kam es zu heftigen Wortgefechten, die eines zeigten: Die ÖVP ist nicht Willens eine konsensuale Politik zu betreiben, denn dies würde bedeuten, ein paar Positionen zur Diskussion zu stellen und von ihren Allmachtsphantasien ein stückweit abzurücken. In keiner Frage zeigt sich dies so deutlich wie in der Frage der inhaltlichen Ausrichtung der Ausschüsse und in der Frage der Erstellung eines Kompetenzkataloges.

Ich möchte nun, um Mißverständnissen vorzubeugen, an zwei Beispielen erläutern, warum wir der ÖVP unseren Vorschlag vorgelegt haben und wir ihrem Vorschlag nicht zustimmen werden, weil wir auf Grund der Diskussionsverweigerung der ÖVP gar nicht in die Lage versetzt wurden, unsere Ideen in die inhaltliche Gestaltung der Ausschüsse einzubringen.

Der Ausschuß Kultur-, Ortsgestaltung- und Musikschule hätte von unserer Seite durch einen Medienausschuß ergänzt werden sollen. Warum wir Medien zu dem bereits bestehenden Ausschuß Kultur- und Ortsgestaltung hinzugefügt haben, ist einfach erklärt: Medien und Kultur sind in unserer Gesellschaft eng miteinander verbunden. In keiner anderen Frage zeigt sich der kulturelle Wandel unserer Gesellschaft so stark, wie in der Medienpolitik. Welche Politik wir in einer Gemeinde in Bezug auf die Medien verfolgen, ist eng mit der kulturellen Frage verbunden. Natürlich hängt Medienpolitik auch mit Bildungspolitik zusammen. Auch auf Gemeindeebene wäre eine Bildungspolitik nicht nur infrastrukturell, sondern natürlich auch medienpolitisch zu denken. Bildungspolitik kann sich nun mal nicht nur in einer Renovierung und Neugestaltung von Gebäuden verlieren. Das ist Infrastrukturpolitik, die ja unserem Herrn Bürgermeister nicht fremd ist. Bildungspolitik heißt in Bezug auf Medien das web 2.0 dazu zu nutzen, um gerade auf dem Land eine stärkere Durchdringung mit politischen, kulturellen, gesellschaftlichen Inhalten, Informationen und Diskussionen zu erreichen. Gerade ein Kulturausschuß eignet sich besonders diese Fragen zu erörtern und tragfähige Konzepte für die Zukunft zu entwickeln. Wenn wir uns die kulturelle Entwicklung in unserer Gesellschaft ansehen, dann ist eines ganz deutlich zu sehen. Es gibt auch auf Seite der traditionalistischen Bewegungen, Versuche, neue Medien zu nutzen, um sich der Öffent-

lichkeit zu präsentieren. Hier hat die Gemeinde in den letzten zwölf Jahren die Entwicklung verschlafen.

Allein die Tatsache, daß die Gemeinde keine Webplattform besitzt, sondern sich permanent über die Tourismusplattformen präsentiert, zeigt ganz deutlich die fehlende Medienkompetenz unserer politischen Führungselite. Politische Blogs, politische Webseiten, Diskussionsplattformen werden eher als Bedrohung, denn als Chance wahrgenommen. Sie sehen also, daß die BürgerListe gerade in der Frage der Medien, eine klare und zukunftsorientierte Position bezieht und wir deshalb der ÖVP den Vorschlag unterbreitet haben, einen Medienausschuß einzurichten, der den Gemeinderat dabei unetrstützen sollte, die Gemeinde medientechnologisch ins 21. Jahrhundert zu führen.

Das Argument unseres Bürgermeisters, das er immer wieder gegen eine medialen Anschluß (man verzeihe mir dieses Wort) an die Welt außerhalb von St. Wolfgang ins Treffen führt, daß die Gemeinde kein Geld dafür hätte, ist fadenscheinig. Medienaktivitäten lassen sich heute mit wenig ökonomischen Aufwand, effizient und einfach umsetzen. Die Frage die sich hier thematisiert ist ja eine ganz andere.

Einen Medienausschuß abzulehnen, kann ja nur bedeuten, daß sich die ÖVP vor einer Debatte fürchtet, die überall anders seit Jahren in dieser Frage geführt wird. Die Debatte würde nämlich rasch zeigen, daß die Mehrheit

der Bevölkerung sehr wohl ein Interesse an medialer Information hat. Eine Webseite zu haben, bedeutet sie mit Inhalten füllen zu müssen, die eine Gemeinde transparenter machen kann.

Wir von der BürgerListe haben in den letzten sechs Monaten bewiesen, daß Medienkompetenz nichts mit Geld, sondern nur etwas mit know-how zu tun hat. Wir wollen diese Kompetenz nutzen, um die Gemeinde bei ihrem Weg ins Medienzeitalter zu unterstützen.

Zum zweiten Punkt der zeigen soll, daß wir nicht aus Jux und Tollerei diese Ausschüsse präferiert haben, möchten wir unsere Beweggründe für die Einrichtung eines Ausschusses für Umwelt und Energie darlegen.

Umwelt und Energie sind ja neben der Salzkammergutlokalbahn die Steckenpferde unseres Herrn Bürgermeisters und Landtagsabgeordneten Hannes Peinsteiner. Ich verstehe also gerade in dieser Frage nicht, warum die ÖVP gegen einen Umwelt und Energieausschuß spricht und die Energie dem Ausschuß Straße und Energie zuweist.. Eines ist natürlich schon klar. Haben wir einen solchen Ausschuß und wären in einem Kompetenzkatalog (den ja die ÖVP auch ablehnt, aus gutem Grund, wie an anderer Stelle zu erläutern sein wird) die Kompetenzen und Möglichkeiten eines solchen Ausschusses geregelt, dann gäbe es vielleicht ein klareres Handlungsmuster in Fragen Umwelt und Energie. Derezzeit schreibt sich zwar die ÖVP Handlungskompetenzen in

Fragen Umwelt und Energie zu, doch eines soll mir einmal jemand aus der ÖVP plausibel erklären. Wie verträgt sich Umwelt und Energiekompetenz mit einem Eventtourismus, der von Jahr zu Jahr an Fahrt zu nimmt. Im wahrsten Sinne des Wortes. Die ÖVP und die FPÖ sind Vertreterinnen einer Politik der verbrannten Erde, wenn es um Fargen der Umwelt und der Energie geht. Einerseits will die ÖVP St. Wolfgang als energietechnische Mustergemeinde darstellen, andererseits bringt sie mit ihrer Konzeption eines Ganzjahrestourismus und einem Eventtourismus tausende zusätzliche PKW an den See, eine Air Challenge über den See und eine Traktoria ins Herzen der Gemeinde. Veranstaltungen die nichts weiter tun, als in ihrem Showprogramm tausende Liter von Kerosin, Diesel und Benzin zu verpuffen. Auch hier zeigt sich wieder eines ganz deutlich: Für die ÖVP ist Energiepolitik Infrastrukturpolitik: Kabel legen, Solaranlagen bauen, Gasleitungen in der Gemeinde verlegen. Umweltpolitik ist wiederum der Abfallwirtschaft zugeordnet. Umweltpolitik ist aber mehr als ABfallverwertung. Umweltpolitik ist auch Enerhiepolitik und Verkehrspolitik.

Wir von der BürgerListe sind der Meinung, daß der Blick der Umwelt- und Energiepolitik nicht auf Wachstum gerichtet sein darf, sondern auf Ressourcenersparnis und Erhaltung des status quo. Wir wollen den Blick auf eine energieautarke, nahrungsmittelautarke und geldwirtschaftlich autarke Gemeinde richten. Nur eine Gemeinde, die hilft, Energiekonzepte

umzusetzen, die nachhaltig Ressourcenver-nichtung zu verhindern, ist eine Gemeinde die Kompetenz in Umwelt und Energiefragen beweist. Unsere Gemeinde fördert über den von ihr präferierten Eventtoursimus klar die Umweltschädigung und die Energieverschwendung, weil sie tausende Touristen auffordert aus dem gesamten süddeutschen Raum für einen Tag an den See zu reisen. Wir hoffen auf die in Hollan ddiskutierte km-abhängige KFZ-Steuer. Die Gemeinde St. Wolfgang hat bis heute kein klares und aussagekräftiges Konzept für die Tourismusentwicklung der nächsten zwei Jahrzehnte vorgelegt. Tourismusentwicklung in einer Gemeinde ist aber eng verbudnen mit Umwelt und Energiepolitik.

Sie sehen, daß wir von der BürgerListe für eine breite, zukunftsorientierte Diskussion stehen. Umso verwunderter sind wir, daß sich die ÖVP diesem zukunftsorientierten Dialog verweigert. Wir denken in Zusammenhängen und haben versucht die Ausschüsse nach den gesellschaftlichen Zusammenhängen zu bauen und nicht nach machtpolitischen oder interessengesteuerten Bedürfnissen. Kompetenzen sollten sich immer aus einer inhaltlichen Diskussion entwickeln, niemals aus organisatorischen Notwendigkeiten. denn Kompetenzen, die sich aus machtpolitischen Strategien entwickeln, führen immer in Sackgassen.

Natürlich wäre an dieser Stelle noch genügend Raum, um sich näher über die demokra-

tiepolitischen Implikationen auszulassen, die eine inhaltliche Diskussionsverweigerung der ÖVP nach sich zieht. Die ÖVP hat es durch die politische Monopolisierung aller Lebensbereiche und durch die Ausübung ihrer Machtbefugnisse an die Grenzen des Erträglichen geschafft, die Gemeidne St. Wolfgang und seine Bürgerinnen und Bürger in einer Form zu entpolitisieren, die beinahe Bewunderung in mir hervorruft. Eine solche Machtstrategie habe ich selten erlebt. Und selten mit einem derartigen Erfolg. Ich meine die Geschichte ist voll mit solchen Erfolgsgeschichten. Sie haben aber immer in Katastrophen geendet.

Da ich aber die Aufmerksamkeit unserer Gemeinderäte und unserer Gemeinderätin, der anwesenden Honoratioren, des Bezirkshauptmannes Ing.Mag. Alois Lanz und den Bürgerinnen und Bürgern von St. Wolfgang nicht über Gebühr strapazieren möchte, werde ich hier enden, aber nicht ohne eine wichtige Festlegung für die Zukunft zu treffen:

Diese kurze Stellungnahme sollte dem Gemeinderat als Anhaltspunkt dafür dienen, was die BürgerListe in den nächsten Gemeinderatssitzungen an Anträgen einbringen wird. Wir werden die Stimme der kritischen Vernunft sein und hoffen das die ÖVP Einsicht zeigt und uns Raum für unsere Anliegen auch in zukünftigen Gemeinderatssitzungen einräumt, weil uns sonst nichts anderes übrig bleibt, als unsere Medienkompetenz u nutzen, um unseren berechtigten Anliegen Geltung zu verschaffen.

Nur in einer kritischen, inhaltlich vernetzen und offenen Auseinandersetzung aller Beteiligten werden wir dem auf uns zukommenden Strukturwandel, der auch unsere Gemeinde bereits voll erfaßt hat, bewältigen können. Dieser Wandel ist kein ökonomischer, sondern ein sozialer, medialer, klimatischer und letztlich politischer. Mit den politischen Strategien der ÖVP werden wir nicht gut gerüstet sein für diesen Wandel. weil es eine Strategie der Herrschaft und des Lobbyismus ist und nicht eine Strategie der offenen und zukunftsorientierten Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen und Wünschen aller Bürgerinnen und Bürger. Ich bitte alle Gemeinderäte darum, in der Frage der inhaltlichen Ausrichtung der Ausschüsse nochmals in sich zu gehen und sich zu fragen, welche Kompetenzen ein Auschuß haben soll. Wollen Sie blind Ihren Fraktionen folgen, oder suchen wir das Gespräch darüber.

Vielen Dank für Ihre Geduld und Ihre Aufmerksamkeit.